Selbstständiger Antrag SPÖ - eingelangt: 12.1.2023 - Zahl: 22.01.371

3. BEILAGE IM JAHRE 2023 ZU DEN SITZUNGSBERICHTEN DES XXXI. VORARLBERGER LANDTAGES

Sozialdemokratischer
Landtagsklub

Selbstständiger Antrag

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Beilage 3/2023

Bregenz, 12. Jänner 2023

Höhere Lebenskosten berücksichtigen und Vorarlbergs Pädagog:innen gerecht bezahlen

Sehr geehrter Herr Präsident,

das Gehalt der Pädagog:innen ist österreichweit einheitlich durch den Bund vorgegeben. Das bedeutet, dass eine Pädagogin in Vorarlberg dasselbe verdient wie ein Pädagoge im Burgenland, sofern sie im Gehaltsschema gleich eingestuft wurden. Was auf den ersten Blick betrachtet nach Gleichheit aussieht, ist in der Praxis ungerecht.

Denn in vielerlei Hinsicht unterscheiden sich in den einzelnen Bundesländern die Lebenskosten stark, wobei es ein starkes West-Ost-Gefälle gibt. Beispiele dafür gibt es viele. Sinnbildlich dafür sind die Preise in der Gastronomie und am Wohnungsmarkt. So gab es gerade erst im Sommer eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts OGM, in dem österreichweit 20.000 Preise für Mahlzeiten in Gasthäusern verglichen wurden. Anhand der Preise für ein Schnitzel wurde offensichtlich, wie stark sich die Summen, die man in den unterschiedlichen Bundesländern dafür ausgeben muss, unterscheiden. Die Preise in Vorarlberg sind dabei fast doppelt so hoch wie im Burgenland.[1]

Hinlänglich bekannt sind auch die großen Preisunterschiede zwischen Ost und West bei Wohneigentum und Miete. Die vier Vorarlberger Bezirke zählen bei den Preis-Rankings seit langem konsequent zu den teuersten Gebieten. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist für Eigentümer:innen und Mieter:innen in Österreich nicht die Hauptstadt am teuersten, sondern der Westen. Ein Artikel im „Kurier“ bringt es auf den Punkt: „Tendenziell gilt: Je weiter östlich ein Bezirk, desto günstiger ist der Mietzins.“[2]

1 „Starkes West-Ost-Gefälle bei Schnitzelpreisen“, Vienna.at am 25. Juli 2022
2 „West-Ost- und Stadt-Land-Gefälle bei Mietpreisen in Österreich“, Kurier.at am 9. August 2022

Anhand dieser Beispiele ist unschwer zu erkennen: Das Leben in Vorarlberg ist besonders teuer. Die Vorarlberger Wirtschaftsbetriebe haben darauf von Anfang an entsprechend reagiert. Die hohen Lebenskosten und die geografische Nähe zur Schweiz haben selbstverständlich dazu geführt, dass in vielen Branchen vergleichsweise hohe Löhne und Gehälter bezahlt werden. So ist es nicht verwunderlich, dass das Durchschnittsgehalt in Vorarlberg bundesweit am zweithöchsten – nur ganz knapp hinter Wien – ist.[3]

Im Gegensatz zur Privatwirtschaft gelten bei Berufsgruppen wie den Pädagog:innen bundesweit einheitliche Gehaltsschemata. Real ist damit das Einkommen von Lehrkräften in Vorarlberg deutlich niedriger als jenes von Pädagog:innen, die in einem der östlichen Bundesländer arbeiten. Wir begrüßen deshalb die Wortmeldung der Vorarlberger Bildungslandesrätin, die aufgrund der „Lebensbedingungen in dem Hochpreisland Vorarlberg auf eine notwendige Anpassung der Gehälter" hinweist und sich für eine entsprechende Adaptierung des Gesetzes ausspricht.[4]

Dies ist gerade auch angesichts der schwierigen Personalsituation in Vorarlberg notwendig. Das Gehalt gehört zu den wesentlichen Stellschrauben, an denen – neben anderen – unbedingt gedreht werden sollte. Denn gute und faire Bezahlung ist nicht nur ein wesentlicher Aspekt von Wertschätzung, sondern bedeutet praktisch auch, dass bei voller Berufstätigkeit die wesentlichen Lebenskosten problemlos bezahlt werden können.

In diesem Sinne stellen die unterzeichnenden Abgeordneten gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

A N T R A G :

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für eine Anpassung des Besoldungsrechtes für die Vorarlberger Pädagog:innen einzusetzen, damit sichergestellt wird, dass die Gehälter entsprechend der höheren Lebenskosten mit einem Zuschlag aufgestockt werden."

LAbg. Manuela Auer LAbg. Elke Zimmermann

3 „Gehaltsreport 2022: Wiener verdienen mit 46.800 Euro brutto am meisten", MeinBezirk.at am 27. September 2022
4 „Anpassung auch bei Besoldungsrecht von Lehrpersonen notwendig", VLK am 11. Jänner 2023

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 2. Sitzung im Jahr 2023, am 8. März, den Selbstständigen Antrag, Beilage 3/2023, mit den Stimmen der VP-Fraktion und der Fraktion Die Grünen mehrheitlich abgelehnt (dafür: FPÖ, SPÖ, NEOS und der fraktionslose Abg. Hopfner).

Hinweis: siehe auch Selbstständiger Antrag, Beilage 2/2023, und Vorlage des Finanzausschusses, Beilage 39/2023